



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Nichteinführung der Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen

Aktuell seit 25.06.2026 09:40:09

### Angegeben von:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (R002086) am 23.07.2025

### Beschreibung:

Durch eine Änderungsverordnung soll im Bereich des Meldewesens ermöglicht werden, bei Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrages nach SBBG, Daten zu Vornamen und Geschlechtseintrag so zu übermitteln, dass neben dem neuen Geschlechtseintrag auch der bisherige Geschlechtseintrag übermittelt und gespeichert wird. Dies soll der Nachvollziehbarkeit der Identität der betroffenen Personen z.B. für die Datenstelle der Rentenversicherung und Bundeszentralamt für Steuern, §§ 6 und 9 2. BMeldDÜV dienen. Die Stellungnahme macht deutlich, dass dies ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und die Intimsphäre der betroffenen Person bzw. Personen einer hoch vulnerablen und schutzbedürftigen Gruppe darstellt und unverhältnismäßig ist.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen

Datum des Referentenentwurfs: 11.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

## Betroffene Interessenbereiche (2)

---

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]

Menschenrechte [alle RV hierzu]

## **Betroffene Bundesgesetze (1)**

---

SBGG [alle RV hierzu]

## **Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)**

---

1. SG2507230015 (PDF - 2 Seiten)

### **Adressatenkreis:**

Versendet am 02.07.2025 an:

### **Bundesregierung**

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]